

Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Wirtschaftsstandorts in den Mittelpunkt rücken

Südwestmetall appelliert an künftige Bundesregierung

„Der Koalitionsvertrag einer neuen Bundesregierung muss wieder die Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Wirtschaftsstandorts in den Mittelpunkt rücken“, forderte der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, Markus Fink, am Donnerstag beim „Villinger Rechtsgespräch“, das in diesem Jahr bereits zum 20. Mal stattfand. „Wir können uns nicht nochmal vier Jahre wirtschaftspolitischen Stillstand leisten“, sagte Fink bei der von seinem Verband veranstalteten Tagung vor Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Rechtswesen laut einer Mitteilung des Verbands.

Hauptreferent der Veranstaltung war der Rechtsexperte Professor Markus Stoffels von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Pandemiebedingt habe das „Villinger Rechtsgespräch“ in diesem Jahr nur als Online-Tagung durchgeführt werden können, nachdem es im vergangenen Jahr sogar komplett ausfallen musste.

Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie (M+E) bräuchten in der kommenden Legislaturperiode dringend mehr und nicht weniger Flexibilität im Arbeitsrecht, erklärte Fink: „Glücklicherweise ist es noch gelungen, die von der Großen Koalition geplante Einschränkung von sachgrundlosen Befristungen zu verhindern.“ Das Vorhaben sollte auch von einer neuen Bundesregierung auf keinen Fall wieder aufgenommen werden, forderte der Bezirksgruppen-Vorsitzende: „Für die Unternehmen sind sachgrundlose Befristungen ein unverzichtbares Instrument. Denn sie erlauben es ihnen, auch bei unsicherer oder schwankender Auftragslage Beschäftigung aufzubauen.“

Ganz oben auf die Agenda einer neuen Bundesregierung gehöre aus Sicht der M+E-Industrie auch eine Flexibilisierung der gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, sagte Fink. Denn diese seien in Deutschland unnötigerweise strenger als es die entsprechende EU-Richtlinie verlange, so der Arbeitgebervertreter: „Uns geht es dabei nicht um grundsätzlich längere Arbeitszeiten. Wir wollen lediglich, dass die vereinbarte Gesamtarbeitszeit flexibler und bedarfsgerechter eingesetzt werden kann.“ Starre tägliche Höchstarbeitsgrenzen von acht beziehungsweise zehn Stunden passten einfach nicht mehr zu den Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Wirtschaft, argumentierte er: „Es muss Grenzen und Regelungen geben, keine Frage. Aber mehr Spielraum und Verantwortung in den Händen von Unternehmen und Beschäftigten schaffen für beide Seiten Freiräume.“